

Gerechtigkeit im Anthropozän: Warum Klimapolitik in Wirklichkeit Sozialpolitik ist

Zusammenfassung

Arbeit und Wohlstand wurden seit Beginn der Industrialisierung durch eine Ausbeutung von Mensch und Natur erreicht: Entweder beuten wir Menschen mit unwürdigen Arbeitsbedingungen und Löhnen unter der Armutsgrenze aus oder wir belasten die Senken des Planeten mit unserem Müll und plündern Rohstoffvorkommen aus. Durch unsere technischen Errungenschaften glaubten wir, der Natur entkommen zu können. Umweltschutz wurde ein technisches Problem und Krankheit ein soziales. Der vorliegende Beitrag zeigt auf, dass soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit untrennbar miteinander verknüpft sind. Dafür werden verschiedene Themenfelder wie Umweltbelastungen im Haushalt, Zugang zu Natur, Klimawandel und Energiearmut analysiert und sowohl politische wie auch beratende Lösungsvorschläge aufgezeigt.

Einleitung

Der Klimawandel klopft auch in Europa an unsere Haustür: Ganz Europa schwitzte sich im Sommer 2015 durch drei langanhaltende Hitzewellen. Bayern erlebte den zweitwärmsten Sommer seit Beginn der Wetteraufzeichnungen – nur 2003 war es noch ein wenig wärmer. Wie sich der Alltag in 50 Jahren anfühlen könnte, war von Juni bis August spürbar: Die Durchschnittstemperatur erreichte in Deutschland 19 Grad Celsius – gut drei

Diese Naturvergessenheit holt uns nun wieder ein: Deutsche Kohlekraftwerke erzeugen Hungersnöte in der Subsahara und Asthma in der Lausitz während deutsche Atomkraftwerke zu Leukämie bei Säuglingen und strahlenden Atommüll für Jahrtausende führen.



Für den Hitzesommer 2015 liegen noch keine Daten über Todesopfer vor. Doch auch die Hitzewellen der Vorjahre zeigen, dass der Klimawandel nicht nur für Entwicklungs- und Schwellenländer, sondern auch für Industrienationen deutliche Auswirkungen hat (siehe Abbildung 1).

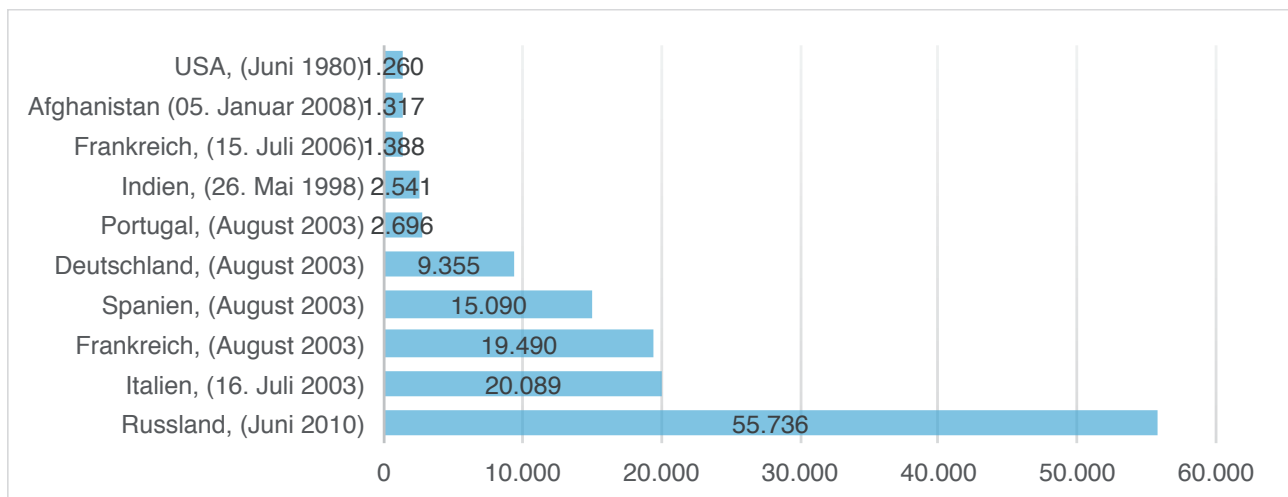


Abbildung 1: Todesopfer infolge bedeutender Hitze- und Kältewellen weltweit bis 2015
(Daten: Statistisches Bundesamt 2015)

Grad über dem langjährigen Mittelwert der Sommer von 1961 bis 1990.

Während der Industrialisierung machte sich der Mensch scheinbar immer weiter unabhängig von der Umwelt. Naturgefahren traten in den Hintergrund.

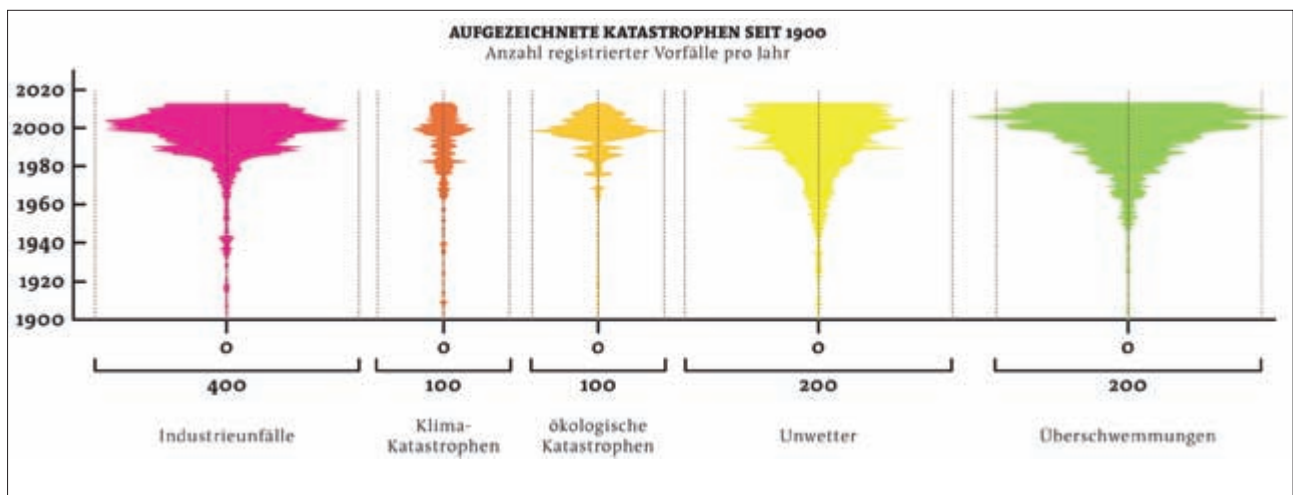
Doch nicht nur der Klimawandel zeigt Wirkung. Unser Handeln gräbt den Planeten Erde mittlerweile in so vielen Bereichen um, dass Wissenschaftler mittlerweile davon sprechen, dass wir im Anthropozän, der Menschenzeit leben. Die Erdsystemwissenschaften sind gerade dabei die Belastungsgrenzen der Erde (Plane-

tary Boundaries) zu finden, die für das Überleben der Menschheit essentiell sind. Deutlich wird dabei: In vier Bereichen sind sie bereit überschritten. Entscheidende Treiber, die Naturschranken zu missachten, sind der Konsum- und Wirtschaftsstil der Industriestaaten, die nachholende Industrialisierung der Schwellenländer und das anhaltende Bevölkerungswachstum (Steffen et al 2015). In dem »Trilemma des Wachstums« aus Bevölkerungswachstum, Energieverbrauch und Klimawandel (Klingholz & Töper, 2011) hat die Menschheit 44 Jahre gebraucht, um die Zahl der Menschen von 1967 auf den heutigen Wert von sieben Milliarden zu verdoppeln. In der gleichen Zeit hat sich der Energieverbrauch fast verdreifacht und sind die Kohlendioxidemissionen und vier Mal stärker angewachsen als die Zahl der Menschen.

Die Übernutzung des Planeten durch uns Menschen zeigt bereits Wirkung: Zwischen 1901 und 1910 gab es 82 Katastrophen, zwischen 2005 und 2014 mehr als 4.000. Durch besseren Katastrophenschutz ist die Zahl der Toten rückläufig, aber die Zahl der Betroffenen steigt. Die wirtschaftlichen und sozialen Kosten der Katastrophen explodieren (Niebert, 2015).

Die Studie konnte jedoch bestätigen, was seit Anfang des vorletzten Jahrhunderts vermutet wurde: Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Schadstoffbelastungen im Wohnumfeld und sozioökonomischen Faktoren. Mit einigen Umweltschadstoffen sind Kinder in einkommensschwachen Familien stärker belastet, mit anderen die Kinder wohlhabenderer Familien. Zusammenhänge zwischen Umweltbelastung und Einkommen der Eltern zeigen sich für zahlreiche Umweltschadstoffe, die im Blut oder Urin, im Hausstaub und in der Luft des Kinderzimmers nachgewiesen werden können:

- Kinder von Eltern mit geringem Einkommen haben die vergleichsweise höchsten mittleren Bleigehalte im Blut (Becker u.a. 2007).
- Das gleiche gilt für die deutlich höhere Belastung durch Tabakrauch für Kinder in Haushalten mit niedrigem Einkommen. Dabei spielt insbesondere eine Rolle, ob die Mutter raucht oder nicht (Schulz u.a. 2007).
- Auch konnten in einkommensschwachen Haushalten eine höhere Belastung mit Benzol im Vergleich zu Haushalten mit mittlerem und hohem Einkommen nachgewiesen werden (Becker et al. 2007).



Doch nicht nur im globalen Maßstab, sondern auch sehr lokal in Deutschland zeigen sich die Folgen unseres nicht nachhaltiges Wirtschaftens, das im Klimawandel gerade seine größte öffentliche Wahrnehmung findet. Einige weitere Beispiele:

Umweltgifte sind einkommensabhängig

Schon mit Beginn des 19. Jahrhunderts haben Ärzte darauf hingewiesen, dass es einen engen Zusammenhang zwischen der sozialen Lage und der Wohnqualität zu geben scheint. Da Kinder besonders sensibel gegenüber Umweltgiften sind, hat das Umweltbundesamt (UBA) im Kinder-Umwelt-Survey (KUS) von 2003 bis 2006 die Schadstoff- und Lärmbelastung von Kindern erhoben. Dabei wurden in einer repräsentativen Untersuchung knapp 1.800 Kinder aus ganz Deutschland befragt. Es zeigte sich: Alle Kinder sind von Umweltbelastungen betroffen.

- Im Hausstaub von Menschen mit niedrigem Schulabschluss finden sich höhere PCB (polychlorierte Biphenyle)-Werte als bei Menschen mit höherem Bildungsabschluss (Becker u.a. 2004).
- Chemieintensive Haushaltsprodukte mit fragwürdigem Nutzen im Haushalt, wie Desinfektionsmittel oder Weichspüler von Familien werden vor allem in Familien mit niedrigem Sozialstatus genutzt (Seiwert et al. 2008).

Auf der anderen Seite zeigte sich jedoch auch eine in die andere Richtung zeigende Belastung von Kindern aus einkommensstarken Haushalten:

- Kinder aus einkommensstarken Familien haben ein höheres Risiko für die Entwicklung einer allergischen bzw. atopischen Erkrankung (Heuschnupfen, Neurodermitis etc.)

- Asthma bronchiale in seiner leichten Form ist bei Kindern einkommensstarker Eltern stärker ausgeprägt. Die Gefahr an schwerem Asthma zu erkranken steigt mit abnehmendem Einkommen (Mielck u.a. 1996).

Insbesondere Schimmelpilzbefall in Folge von zu feuchten Wohnräumen stellt eine deutliche Gesundheitsgefahr dar, da dieser zu Atemwegsbeschwerden und Allergien führen kann. Eine Analyse von Beratungsanfragen und Wohnungsbegehungen des Gesundheitsamtes Bremen bestätigt einen engen Zusammenhang zwischen Feuchteschäden in Wohnungen und geringem Haushaltseinkommen.

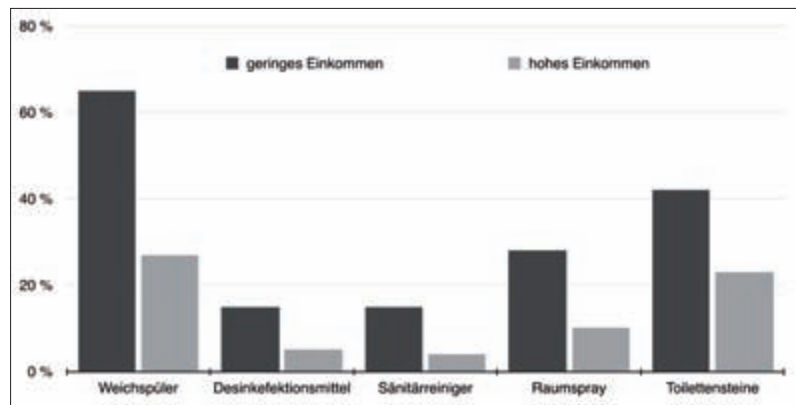


Abbildung 2: Häufige Nutzung von Haushaltschemikalien mit fraglichem Nutzen nach Sozialstatus (Quelle: Kinder-Umwelt-Survey 2003/06)

Wenn Lärm und Staub krank machen

Wenn man kein Fenster öffnen kann, ohne, dass einem die Abgase der Autos den Hustenreflex in die Lungen treibt oder einem vor Lärm die Ohren klingeln, wird man sich sicher weniger wohl fühlen als in grüner Idylle auf dem Land. Bereits seit dem 19. Jahrhundert versucht man dieser Erkenntnis im Städtebau Rechnung zu tragen, um die Wohnqualität zu steigern. Verbesserte Lärmschutz- und Luftreinhaltekonzepte waren die Folge.

Doch auch heute noch zeigt sich, dass besonders in städtisch geprägten Gebieten Lärm- und Feinstaubbelastungen durch Straßenverkehr das physische und psychische Wohlbefinden und damit die Lebensqualität stark beeinträchtigen (z. B. Babisch 2006; WHO 2009).

Eine Analyse von Befragungen und Erkrankungen gemeinsam mit sozioökonomischen Daten zeigt: Sowohl die objektive Belastung wie auch die subjektive Einschätzung der Beeinträchtigung durch den Straßenverkehr bei Menschen mit niedrigem Einkommen generell höher:

- Je niedriger Bildungsgrad und Einkommensverhältnisse, desto dichter und häufiger liegt der Wohnort an verkehrsintensiven Straßen (Swart und Hoffmann 2004).

- Menschen mit geringem Einkommen nehmen stärkere Belastung in Bezug auf Feinstaub, Abgase und Lärm wahr als höheren Einkommensgruppen (Kohlhuber u.a. 2006).
- Kinder von Eltern mit niedrigen Einkommen und geringem formalem Bildungsniveau leben deutlich häufiger in mit Feinstaub und Lärm belasteten Arealen als Kinder aus finanziell gut situierten Familien mit hohem Bildungsgrad (Kolahgar u.a. 2006).
- Menschen mit einem Migrationshintergrund fühlen sich stärker durch Lärm belastigt als Muttersprachler (u.a. Kohlhuber et al. 2006).
- Menschen mit niedrigem Einkommen erleben eine höhere subjektive wie objektive Fluglärmbelastung. Zusätzlich sind sie sowohl tagsüber als auch nachts stärker durch Straßenverkehr belastigt als Menschen mit höherem sozioökonomischem Status (Maschke u.a. 2003).
- Hohe Feinstaubkonzentrationen – wie sie in der Regel durch Verkehr verursacht sind – führen häufig zu Herz-Lungen-Erkrankungen und deutlich erhöhten Sterberaten (z. B. Peters et al. 2005; Pope et al. 2009).

Die Ursachen für diese Belastungen lassen sich meist sehr deutlich der Mobilität zuordnen: Wohngebiete mit

Tabelle 1: Zusammenhang zwischen Umweltgüte und sozio-demographischen Faktoren (Beispiele aus Kassel)

	Feinstaub	Stickoxide	Lärm
geringes Haushaltseinkommen	++	++	++
Migrationshintergrund	++	++	0
Haushalt mit Kindern	0	0	0
niedriger Bildungsabschluss	++	++	+

Erläuterung

- ++ = hochsignifikanter Zusammenhang nachweisbar;
- + = Signifikanter Zusammenhang nachweisbar;
- 0 = kein Zusammenhang nachweisbar

Quelle: Köckler u.a. 2008

hohen Luftschadstoffkonzentrationen haben in der Regel auch eine überdurchschnittlich hohe Verkehrsdichte. Gleichzeitig sind diese Gebiete gekennzeichnet durch einen niedrigen Einkommensstatus (Lehmbruck u.a. 2007). Menschen mit geringen Einkommen sind damit in doppelter Hinsicht benachteiligt: Obwohl der eigene Motorisierungsgrad gering ist, müssen sie höhere Luft- und Lärmbelastungen sowie stärkere Unfallgefahren ertragen.

Beispiele aus Berlin und Kassel (siehe Tabelle 1) zeigen, dass sich für Menschen mit geringem Einkommen, Migrationshintergrund und niedrigem Bildungsabschluss hohe Mehrfachbelastungen durch ungünstige Umweltfaktoren ergeben. Bereits heute ist erkennbar, dass die mehrfach belasteten Gebiete z.B. durch mit dem Klimawandel einhergehende Hitzewellen künftig eine zusätzliche Belastung erfahren werden, wodurch sich die Situation für die Bewohner in den Bezirken weiter verschlechtern wird.

Eine gesunde Verkehrspolitik

Notwendig zur Umsteuerung sind in erster Linie politische Maßnahmen, wie eine ressortübergreifende Zusammenarbeit von Stadterneuerung, Verkehrs-, Bau- und Umweltplanung, eine technische Optimierung der Fahrzeugtechnik in Bezug auf den Schadstoffausstoß und die Geräuschentwicklung, aber auch lebensstilorientierte Veränderungen der Verkehrsmittelwahl zugunsten eines geringeren Fahrtenaufkommens im motorisierten Individualverkehr.

Ein Beispiel für eine politische Steuerung ist die Einrichtung von Umweltzonen seit Anfang 2008. In den Umweltzonen gelten Fahrverbote für Fahrzeuge mit besonders hohen Emissionen an Feinstäuben. Damit wird das Ziel verfolgt, die starken Feinstaubbelastungen in den Innenstädten zu verringern. Es ist jedoch schon heute klar, dass die Einführung von Umweltzonen nicht ausreichen wird, um die mit dem Straßenverkehr einhergehenden Umwelt- und Gesundheitsbelastungen zu reduzieren. Zentrale Ziele der Verkehrsplanung im Sinne einer nachhaltigen Verkehrsplanung

sollten daher die Sicherung von Mobilität als Grundrecht und die Gewährleistung eines Zugangs zum Öffentlichen Nahverkehr sein. Eine nicht angemessene Anbindung an den ÖPNV, bei gleichzeitig geringer eigener Motorisierung führt unmittelbar zu ungleichen Teilhabechancen am öffentlichen Leben.

In Großbritannien wird dieses Phänomen als *transport poverty* diskutiert. Mit der Entwicklung spezifischer Maßnahmen für den Verkehrsbereich wird dort versucht, die soziale Integration der Benachteiligten zu gewährleisten (Social Exclusion Unit 2003). So sind Mindeststandards für den Öffentlichen Verkehr in Großbritannien formuliert worden, die Bezahlbarkeit, Verfügbarkeit und Akzeptanz des Angebots sicherstellen sollen. Damit soll in Bezirken mit niedrigen Einkommensniveau zumindest ein Minimum an Mobilität gewährleistet werden. Die Maßnahmen umfassen dabei

Aspekte wie ein barrierefreier Zugang zu Haltestellen, die Sicherstellung einer Haltestelle innerhalb von 400 Metern um die eigene Wohnung, aber auch die Erhöhung der Nachvollziehbarkeit von Fahrplänen, Fahrtkosten und Verbindungsmöglichkeiten (Department for Transport 2000).

Graue Trabantenstadt oder Grüne Lunge?

Waren Sie kürzlich in einem dieser großen Einkaufszentren, in denen entspanntes Einkaufen Spaß macht? Ein idyllischer Brunnen in der Mitte, künstliche Bäume an den Wänden, an den Wänden rankender Efeu und Vogelgezwitscher aus Lautsprechern, dazwischen die Geschäfte des alltäglichen Bedarfs...

Der Versuch der Innendesigner, eine grüne Umwelt künstlich nachzuahmen macht uns deutlich, welche Rolle das Erleben von Natur für uns spielt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse über die Bedeutung, die das Erleben von Natur für uns spielt, sind vielfältig, aber eindeutig:

- Das Erleben von Natur steigert Wohlbefinden und die Gesundheit, z.B. durch Stressreduktion oder der Verbesserung des Immunsystems (Maller u.a. 2009).
- Menschen, die in grünflächenreichen Stadtteilen leben, sind um das dreifache aktiver als Menschen, die denen der Zugang zu Natur erschwert ist.
- Das Wohnen in naturnaher Umgebung senkt die Gefahr für Übergewicht und Adipositas um 40% (Ellaway et al. 2005).
- Schulkinder, die Zugang zu einer naturnahen Umgebung haben, sind deutlich aufmerksamer als Kinder ohne diesen Naturnutzen (Velarde u.a. 2007).
- Kuo und Taylor (2004) kommen in einer vergleichenden Studie sogar zu dem Schluss, dass eine aktiv genutzte, wenig strukturierte Grünfläche (Wälder, Wiesen etc.) die Symptome des ADHS-Syndroms signifikant reduzieren können.

Leider zeigt sich auch in Hinblick auf den Zugang zur Natur eine starke soziale Segregation, nicht nur in Deutschland: Menschen mit geringen Einkommen leben häufig in Wohnbezirken, die wenige Grünflächen aufweisen (Statistisches Bundesamt 1998). In Kassel gibt es beispielsweise einen deutlichen Zusammenhang zwischen dem eingeschränkten Zugang zu Natur und der Arbeitslosenquote (Köckler 2008). Diese Effekte zeigen sich auch im Zusammenhang zwischen dem Wert von Grundstücken und der vorhandenen Artenvielfalt in einem Stadtteil. Stadtbezirke mit gut erhaltenen, meist älteren Baumbeständen weisen einen hohen Immobilienwert und Einkommensstruktur auf. Der Zugang zu diesen bleibt Menschen mit geringen Einkommen in der Regel ökonomisch verwehrt.

Der Mangel an naturnahen Grünflächen zählt auch deshalb zu den größten Defiziten in benachteiligten



flickr/UN Photo, Tim McKulka

Stadtbezirken, da sie das subjektive Sicherheitsempfinden maßgeblich beeinflussen. Umgekehrt wirken Naturräume sich sehr günstig auf die Gesundheit aus, was damit begründet wird, dass sie einen Abstand vom Alltag ermöglichen (Kaplan & Kaplan 1989).

Insbesondere sozial benachteiligte Kinder sind von dieser Naturferne negativ betroffen. Studien zeigen, dass Kinder in naturfernen Wohngebieten täglich mehr Fernsehen, Computerspielen und weniger körperlich aktiv sind, was zu Übergewicht und Schlafstörungen führt (Heyn u.a. 2010). Diese Entfremdung von der naturnahen führt dazu, dass naturorientierte Erlebnismöglichkeiten auch dann nicht als solche von Kindern erkannt werden, wenn sie gelegentlich vorhanden sind. Das zieht ungenutzte Bildungs- und Entwicklungschancen nach sich. Auch hier liegt somit wieder eine doppelte Benachteiligung für Kindern aus einkommensschwachen Familien vor: Sie leben in naturfernen Stadtteilen und haben schlechtere Entwicklungschancen. Diese physische wie psychische Benachteiligung wird in der Fachwelt als *Naturarmut* bezeichnet.

Natur erlebbar machen

Eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik kann über verkehrs- und baupolitische Maßnahmen die Umwidmung von Verkehrsflächen zu Spielflächen und Begegnungsräumen, den Ausbau von Infrastrukturen für das Zufußgehen, das Nutzen brachliegender Bauten für die Gestaltung von Grünanlagen eine ansprechende Wohnumgebung schaffen. Neben stadtplanerischen Politikkonzepten zeigen sich in den letzten Jahren auch spannende stadtteilbezogene Initiativen um Bewohnern

benachteiligter Stadtbezirke einen Zugang zu Natur zu ermöglichen. So wurden in Berlin beispielsweise unbebaute Grundstücke als Selbstversorgergärten zur Verfügung gestellt. Ähnliche Ansätze verfolgen auch Integrationsprojekte wie Interkulturelle Gärten, Gemeinschaftsgärten oder auch Schulgärten. Sehr ermutigen Beispiele zeigen sich im Berliner Problembezirk Marzahn. Dort hat ein Wohnungsbaunternehmen 39 Parzellen für die Gestaltung von Kleingärten mitten im Bezirk umgewidmet. Zusätzlich wurden in den Innenflächen von Wohnblöcken Spielplätze, Parkanlagen und Gemeinschaftsflächen angelegt. Durch diese Maßnahmen zeigte sich innerhalb kurzer Zeit eine deutliche Verbesserung der Aufenthaltsqualität sowie eine Steigerung des Zusammenhalts und der Selbstorganisation (<http://www.werkstatt-stadt.de>). Darüber hinaus haben sich Verbände wie die NaturFreunde darauf spezialisiert, Naturerlebnisse wie Kinderwagenwanderungen, Natursportangebote, und Reiseangebote für einkommensschwache Familien anzubieten (www.naturfreunde.de)

Konkrete Ansatzpunkte für die Verringerung von Naturarmut für die Jugend- und Sozialarbeit bieten sich über Umweltbildung an. In zahlreichen Untersuchungen zur Kleinkindentwicklung wird hervorgehoben, wie wichtig eine vielfältige, naturnahe Umgebung ist. Neben dem Einfluss auf die Gehirnentwicklung trägt diese dazu bei, Entwicklungsschritte anzuregen und zu fördern. So sollte Kindern zum Beispiel über Ausflüge in Kindertagesstätten oder anderen Jugendhilfeeinrichtungen der Zugang zu unstrukturierten Naturräumen, wie Wiesen oder Wäldern ermöglicht werden. In einer Studie konnte der Erlebniswert von Naturflächen be-

stätigt werden: In Naturräumen spielen Kinder länger, lieber und weniger allein. Das Spiel ist komplexer, kreativer und selbstbestimmter (Reidl, Schemel 2005). Umweltbildung kann darüber hinaus auch Jugendlichen und Erwachsenen zu einem Perspektivwechsel helfen. Sie fördert die soziale Kompetenz und das Verantwortungsbewusstsein, bietet Menschen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Möglichkeit kulturelle Leitbilder zu hinterfragen. Gelungene Beispiele und Materialien für eine niedrigschwellige Umweltbildungsarbeit für Kinder und Jugendliche finden sich beispielsweise unter www.umweltdetektiv.de.

Energiearmut im Klimawandel

Seit der Klimawandel auch in Deutschland angekommen ist und die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffimporten und damit steigenden Preisen eher zu- als abnimmt, ist in die Debatte um die Energiearmut entbrannt. Als Energiearmut wird dabei die Folge steigender Haushaltsausgaben für Wärme und Strom infolge mangelnder Energieeffizienz und steigender Strom- und Heizkosten bezeichnet. Als Betroffene von Energiearmut gelten dabei Haushalte, die mehr als 10 Prozent ihres Haushaltseinkommens für Energie aufwenden müssen (Boardman 1991). Energiearmut ist längst zum alltäglichen Phänomen in Deutschland geworden. Rund 600.000 deutsche Haushalte waren nach Schätzungen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen im Jahr 2010 von Stromsperrern betroffen. Die Bundesnetzagentur hat 2012 in einer deutschlandweiten Erhebung ermittelt, dass im Jahr 2012 rund 312.000 Stromsperrern verhängt worden sind.

Wer von der Energieversorgung abgeschnitten ist, wird auch der gesellschaftlichen Teilhabe beraubt. Energiearmut hat dabei nichts mit dem Ausstieg aus der Atomenergie und erst recht nichts mit der Energiewende zu tun. Die oben genannten Zahlen der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen betreffen das Jahr 2010, in dem die Atomwirtschaft in Deutschland noch blühte und für die Verlängerung von Laufzeiten für Atomkraftwerke stritt. Wenn gerade jetzt aber soziale Fragen wie Energiearmut generell gegen die Energiewende und den Klimaschutz ins Feld geführt werden, ist Vorsicht geboten. Die Kosten für Heizung und Kraftstoffe – die nicht von der Energiewende betroffen sind – sind in den vergangenen Jahren deutlich stärker gestiegen als die für Strom. So muss ein 3-Personen-Musterhaushalt heute fast drei Viertel seiner monatlichen Energieausgaben für Heizen und Kraftstoffe aufbringen und kaum mehr als ein Viertel für Strom. Tatsächlich ist die Energiearmut vielmehr ein Ergebnis der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit in Deutschland.

Stetig steigende Energiepreise bei sinkenden Haushaltseinkommen verschärfen die Energiearmut. Dabei sind insbesondere Geringverdienende, ALG-II-Empfänger, Rentner sowie Studierende betroffen. Ein besonderes Problem dabei ist, dass beim Thema Energie die sozialen Sicherungssysteme versagen: Der ALG II-Satz wird nur unzureichend an die steigenden Energiepreise angepasst. Im Jahr 2013 waren im Regelsatz ca. 32 Euro

für Stromzahlungen angesetzt. Hiermit lassen sich je nach Tarif die Kosten von etwa 1.100 bis 1.400 kWh Strom finanzieren. Bei einem Durchschnittsverbrauch führt das zu einer Unterdeckung im Regelsatz zwischen 25 und 55 Prozent, wie die Verbraucherzentrale NRW nachgewiesen hat.

Darüber hinaus ist das derzeitige Tarifsystem der Stromkonzerne weder sozial noch ökologisch sinnvoll: Die im Verhältnis sehr hohen Grundgebühren fallen gerade bei geringen Verbräuchen schwer ins Gewicht. Auf der anderen Seite wird gerade ein hoher Energieverbrauch belohnt: Mengenrabatte machen hohe Verbräuche attraktiv und führen so zu widersinnigen Fehlentwicklungen. Sinnvoll wären hingegen Stromspartarife ohne Grundgebühr, sodass jede gesparte Kilowattstunde sich vor den Verbraucher rechnet.

Staat und Berater sind gefordert

Um Energiearmut zu begegnen sind prinzipiell zwei Wege möglich: Entweder werden ausreichende Kontingente für eine grundsichernde Energieversorgung zu Verfügung gestellt und/oder Maßnahmen zur Energieeinsparung und Effizienzsteigerung im Haushalt werden gestärkt. Haushalte mit mittlerem oder hohem Einkommen sind durchaus in der Lage, die Anschaffung energieeffizienter Technologien zu finanzieren. Einkommensschwache Haushalte können dies nicht. So entsteht eine Situation, in der ausgerechnet diejenigen, die sich hohe Energiekosten an wenigsten leisten können am stärksten davon betroffen sind. Es ist deshalb nicht nur aus Effizienzgründen, sondern auch aus sozialen erforderlich, hier zu intervenieren. Derzeit werden Maßnahmen wie Kleinkreditprogramme oder Anschaffungszuschüsse diskutiert, finanziert durch einen Energieeffizienzfonds oder die KfW. Dieser Ansatz hätte einen weiteren Vorteil: die Entwicklung und Produktion möglichst energieeffektiver und energieeffizienter Haushaltsgeräte kann zwar ordnungspolitisch befördert werden, die Geschwindigkeit mit der alte Geräte in den Haushalten ersetzt werden jedoch nicht.

Modellhaft kann hier Dortmund betrachtet werden, wo mit gezielter Beratung Energiearmut bekämpft werden wird. Das NRW-Verbraucherschutzministerium finanziert gemeinsam mit den örtlichen Energieversorgern eine umfassende Beratung durch die Verbraucherzentrale NRW. Neben einer Energieberatung bietet dies auch eine Beratung für Menschen mit Energieschulden. Die Caritas beteiligt sich an diesem Projekt mit ihrer kostenlosen »Aufsuchenden Energiesparberatung für einkommensschwache Haushalte«. Darüber hinaus werden – finanziert über das Jobcenter – Langzeitarbeitslose zu Stromsparhelfern geschult.

Energiekosten entstehen jedoch nicht nur durch die Stromkosten, sondern hauptsächlich durch Wärmenutzung. Das Problem dabei ist, dass gerade Transferleistungsbezieher oft in schlecht gedämmten Wohnungen leben. Somit haben sie nur sehr eingeschränkt Möglichkeiten ihre Energiekosten über Einsparungen beim Verbrauch zu senken. Sie sind somit den Preissteigerun-

gen direkt ausgeliefert. Verschärft wird die Lage dadurch, dass Kürzungen im Sozialbereich die Übernahme der Heizkosten durch die Jobcenter bzw. Sozialämter häufig unsicher machen. Ein Ausweg kann sein, dass die Energieausweise, die den energetischen Zustand der Mietwohnungen widerspiegeln künftig in die Entscheidung zur Übernahme der Unterkunft- und Heizkosten berücksichtigt werden. Darüber hinaus sind energetische Sanierungsprogramme insbesondere für Sozialwohnungen notwendig. Dabei ist zu prüfen, inwieweit die dadurch entstehenden Einmalkosten für die Sanierung durch öffentliche Träger abgedeckt werden können.

Eine sozial gerechte Energiewende

Die Belastung einkommensschwacher Haushalte durch steigende Strompreise ist keine Folge der Energiewende. Ohne die Erneuerbaren Energien müsste im Strombereich in die Modernisierung von Atom- und Kohlekraftwerken und in den Kraftwerksneubau investiert werden – auch das wäre ein wesentlicher Kostentreiber.

Zudem sind Wind- und Sonnenenergie mittlerweile die preisgünstigsten Stromlieferanten in Deutschland. Die Preise steigen da an der Leipziger Strombörse eben nicht die Preise von Wind und Sonne den Markt bestimmen, sondern Kohle und Atom. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Industrie von der so genannten EEG-Umlage 2013 mit mehr als 6,6 Mrd. Euro befreit wurde. Kosten, welche die übrigen Haushalte und nicht-privilegierten Unternehmen schultern müssen. So subventionieren ALG-II-Empfänger Thyssen-Krupp.

Hinzu kommt: Schwefeldioxid (SO₂), Stickoxide (NO_x), Ruß und Staubemissionen aus Kohlekraftwerken sind die größten Verursacher von Feinstäuben. Sechs der zehn klimaschädlichsten Kohlekraftwerke in der EU stehen in Deutschland. Die Schadstoffemissionen gefährden die Gesundheit von Säuglingen, Kindern und Erwachsenen, verursachen Herzinfarkte und Lungenkrebs und führen vermehrt zu Asthmaanfällen und anderen Atemwegskomplikationen – und zu entsprechenden Gesundheits- und Umweltkosten. Die Luftverschmutzung gehört mit einer jährlichen Todesrate von 700.000 Menschen zu den zehn weltweit häufigsten Todesursachen. Allein in Deutschland sterben jährlich 3.000 Menschen einen frühzeitigen Tod – alleine durch deutsche Kohlekraftwerke. Das Umweltbundesamt schätzt, dass pro Tonne CO₂ ein Schaden zwischen 40 und 70 Euro entsteht. Das Problem: Dieser Schaden wird nicht mit dem Strompreis, sondern über die Gesundheitsausgaben der Krankenversicherungen und Steuern bezahlt. Würden diese Ausgaben in den Strompreis mit einberechnet, wäre die Energiewende in Deutschland längst vollzogen.

Subventionspolitik benachteiligt Mensch und Umwelt

In Deutschland wird der Schutz von Natur und Umwelt seit Jahren zu den wichtigsten Anliegen der Bürger (Wippermann u.a. 2008). Die Qualität der Umweltgüter Klima, Wasser, Boden oder Luft haben in der Bevölke-

rung einen hohen Stellenwert. Und dennoch werden nicht nur sozialpolitisch, sondern auch umweltpolitisch falsche Signale gesetzt: Bereits 2001 kam die OECD zu dem Ergebnis, dass bei uns etwa 35 Prozent der Subventionen der Umwelt schaden. Nach den Berechnungen des Umweltbundesamtes sind in Deutschland Subventionen in Höhe von mehr als 51 Milliarden Euro als umweltschädlich einzustufen – Tendenz steigend.

Dies ist insofern brisant, als dass sich die Qualität von Umwelt und Klima direkt auf die Lebensqualität und Gesundheit der Menschen auswirken. Damit sind insbesondere sozioökonomisch schlecht situierte Gruppen von diesen Fehlsteuerungen überproportional betroffen sind. Umweltschädliche Subventionen schaden nicht nur der Umwelt, sondern auch den Menschen in Deutschland – besonders den Einkommensschwachen. Denn gerade die Einkommensschwachen sind es, die nicht einmal vordergründig von Subventionen, wie der

- Befreiung von der Kerosinsteuer im Luftverkehr (ca. 7 Mrd. Euro),
- Mehrwertsteuerbefreiung für internationale Flüge (3,5 Mrd. Euro),
- Entfernungspauschale (4,3 Mrd. Euro) oder den
- Dieselvorgünstigungen (7 Mrd. Euro) profitieren.

Statt die Menschen zu entlasten, denen Entlastungen helfen, werden hier motorisierte und Flugzeugfliegende Bürger entlastet – auf Kosten der Armen und der Umwelt. Die Kosten dafür fallen gleich dreifach an: Erstens müssen die Subventionen selber gezahlt werden, zweitens entstehen daraus Umwelt- und Gesundheitsschäden und drittens steht das Geld nicht zur Verbesserung der sozialen und ökologischen Lage der Menschen oder zumindest dem Abbau der Staatsverschuldung in Deutschland zu Verfügung.

Politik für Mensch und Umwelt

Was sind wir als Menschen? Was sollten wir sein? Was tun wir? Worauf sollen wir hoffen? Zu diesen vier Sinnfragen von Immanuel Kant kommt eine Kernfrage immer drängender hinzu: Wie können wir auf Dauer gut leben? Dieses neu erwachte Interesse an einer Standortbestimmung kommt nicht von ungefähr. Jahrzehntelang stritten Umweltverbände und Sozialverbände nebeneinander für ein gerechteres Deutschland. Legt man jedoch die sozialen Missstände und die ökologischen Missstände mal nebeneinander, entdeckt man erstaunliche Schnittmengen: Einkommensschwache Bürger leiden nicht nur an ihrer Armut, sondern auch an einem schlechteren Zugang zu Natur und gesundem Leben. Der Klimawandel und die steigenden Rohstoffpreise zeigen darüber hinaus, dass wir im Moment dabei sind, die Probleme in die Zukunft zu verlagern.

Peter Sloterdijk hatte Recht, als er 1989 nach dem Zusammenbruch des Ostblocks feststellte: Der Kapitalismus habe nicht gesiegt, er sei einfach übrig geblieben.

Unsere spätestens seit dem Finanzkapitalismus nicht mehr soziale, sondern kapitalistische Marktwirtschaft funktioniert nur aus einem Grund: Sie ist auf permanenter Ausbeutung aufgebaut. Entweder wir beuteten die Natur aus, indem wir sie mit CO₂, Müll oder Schadstoffen verschmutzen; oder wir beuten die Menschen aus, indem wir sie für Hungerlöhne arbeiten lassen oder wir beuten die Zukunft aus, indem wir die Ressourcen unserer Kinder aufbrauchen und ihnen unseren ökologischen wie sozialen Schuldenberg hinterlassen. Alles drei ist nicht zukunftsfähig. Die Beispiele zeigen: Ein gutes Leben in Deutschland wird nur möglich, wenn wir soziale und ökologische Gerechtigkeit als das verstehen, was sie sind: Untrennbar miteinander verbundene Zwillinge.

Das Anthropozän bietet eine sehr gute Grundlage, um einen fundamentalen Fehler der Nachhaltigkeitsdebatten der letzten Jahrzehnte zu beenden: Zu lange wurde Nachhaltigkeit als Drei-Säulen-Konzept aus Ökologie, Ökonomie und Sozialem gesehen. Das hat geradezu dazu eingeladen, die eine Säule gegen die andere auszuspielen. Im Zweifel wurden dabei im Namen der Ökonomie beide anderen Säulen gekippt. Im Anthropozän wird die Übernutzung des Planeten Erde durch den Menschen spürbar. Wer die Verbundenheit von ökologischen und sozialen Herausforderungen ignoriert, wird ein gutes Leben nicht erreichen können. Der Planet Erde wird den Menschen überleben. Klimawandel, Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch sind keine Probleme für die Umwelt. Sie sind vielmehr die sozialen Probleme von morgen. Eine Politik für ein nachhaltiges Anthropozän, die uns aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern befreit, ist deswegen nichts anderes als Sozialpolitik; Politik für die Menschen.

Literatur

Babisch W (2006): Transportation noise and cardiovascular risk. Review and synthesis of epidemiological studies. Dose-effect curve and risk estimation. WaBoLu-Hefte 01/06.

Becker K, Müssig-Zufika M, Conrad A, Lüdecke A, Schulz C, Seiwert M, Kolossa-Gehring M (2007): Kinder-Umwelt-Survey 2003/06 – KUS – Human-Biomonitoring – Stoffgehalte in Blut und Urin der Kinder in Deutschland. WaBoLu-Hefte 01/07, Umweltbundesamt: Dessau/Berlin.

Becker, K., Kaus, S., Seiwert, M. et al. (2004): Umwelt-Survey 1998. Band V: Hausstaub: Schadstoffgehalte im Hausstaub aus Haushalten der Bevölkerung in Deutschland. WaBoLu-Heft 05/04, Umweltbundesamt, Berlin

Boardman B (1991) Fuel poverty: from cold homes to affordable warmth. London: Belhaven Press.

Bunge C, Katzschner A (2009): Umwelt, Gesundheit und soziale Lage. Studien zur sozialen Ungleichheit gesundheitsrelevanter Umweltbelastungen. Umweltbundesamt: Berlin.

Department for Transport (2000): Social Exclusion and the Provision of Public Transport. Main Report. London.

Ellaway, A.; Macintyre, S. and Xavier, B. (2005): Graffiti, greenery and obesity in adults: secondary analysis of European cross sectional survey, in: British Medical Journal 331: S. 611–612.

Heyn, T; Fryczewsky I.; Heckenroth, M.; Schmid-Altlinger, S. (2010): Gesundheit lernen Wohnquartiere als Chance für Kinder. Ein Kooperationsprojekt von Bertelsmann Stiftung, Robert Koch-Institut und empirica AG.

Kaplan R.; Kaplan, S. (1989): The Experience of Nature: A psychological perspective, Cambridge.

Kappauf, T. (2011): Erfolgsbedingungen milieuspezifischer Umweltbildung für bildungsferne Schichten, Vortrag beim DUH-Kongress Umweltgerechtigkeit und Biologische Vielfalt am 04.11.2011, <http://www.duh.de/3371.html>.

Klingholz, R. & K. Töpfer (2011): Das Trilemma des Wachstums. Berlin

Kolahgar B, Hoffmann, B (2006): Landesumweltamt NRW (LUA NRW) (Hrsg.): Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen und gesundheitlichen Folgen an industriellen Belastungsschwerpunkten in Nordrhein-Westfalen. Abschlussbericht. LUA NRW, Essen.

Köckler, H., Katzschner, L., Kupski, S., Katzschner, A. & Pelz, A. (2008): Umweltbezogene Gerechtigkeit und Immissionsbelastungen am Beispiel der Stadt Kassel. – Center for Environmental System Research. Universität Kassel, Kassel.

Kohlhuber, M., Mielck, A., Weiland, S.K., Bolte, G. (2006): Social inequality in perceived environmental exposures in relation to housing conditions in Germany. In: Environmental Research, 101: 246-255

Kuo, F.E und A.F. Taylor (2004): A Potential Natural Treatment for Attention-Deficit Hyperactivity Disorder: Evidence From a National Study. J Public Health 94(9) S. 1580-1586

Maller, C. et al. (2009): Healthy Parks, Healthy People: The Health Benefits of Contact with Nature in a Park Context, in: George Wrigth Forum, 26 (2), S.51-83.

Lehmann F, Geene R, Kaba-Schönstein L, Brandes S, Köster M, Kilian H, Steinkühler J, Bartsch G, Linden S (2007): Kriterien guter Praxis in der Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten. In: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) (Hrsg.). Gesundheitsförderung konkret Band 5. Köln: BZgA.

Lehmbrock M, Spott M, Beckmann KJ (2007): Sustainable Urban Transport and Deprived Urban Areas, Good Practice Examples in Europe. German Institut of Urban Affairs, Berlin.



Welternährungsprogramm (WEP)

flickr/UN Photo, Phil Behan

Maschke, C., Wolf, U., Leitmann, T. (2003): Epidemiologische Untersuchungen zum Einfluss von Lärmstress auf das Immunsystem und die Entstehung von Arteriosklerose. WaBoLu-Heft 01/03, Umweltbundesamt, Berlin

Mielck, A., Reitmeir, P., Wjst, M. (1996): Severity of childhood asthma by socioeconomic status. In: International Journal of Epidemiology, 25: 388-393

Peters A (2005): Partikel in der Außenluft erhöhen das Risiko für Herz-Kreislaufkrankungen. Ambient particles increase the risk of cardiovascular diseases. Gesundheitswesen, 67: 79-87.

Pope AC, Ezzati M, Dockery ScD (2009): Fine-Particulate Air Pollution and Life Expectancy in the United States. New England Journal of Medicine, 4: 376-386.

Reidl, K.; Schemel, H-J. (2005): Naturerfahrungsräume im besiedelten Bereich. Nürtinger Hochschulschriften 24.

Schulz C, Lüdecke A, Conrad A, Seiwert M, Ullrich D, Kolossa-Gehring M (2007): Kinder-Umwelt-Survey (KUS): Passivrauchen. Umweltmedizinischer Informationsdienst, 1: 25-28.

Seiwert M (2008): Kinder-Umwelt-Survey (KUS): Sozialstatus und Umweltbelastungen – Erste Ergebnisse. 13. Kongress Armut und Gesundheit. 30. November/1. Dezember 2007, Berlin.

Social Exclusion Unit (2003): Making the Connections: Final Report on Transport and Social Exclusion. Norwich: The Stationery Office.

Statistisches Bundesamt (1998): Gesundheitsberichterstattung für Deutschland.

Steffen, W., Richardson, K., Rockstrom, J., Cornell, S. E., Fetzer, I., Bennett, E. M., et al. (2015). Sustainability. Planetary boundaries: guiding human development on a changing planet. Science, 347(6223), 1259855–1259855.

Swart E, Hoffmann B (2004): Modifiziert der Sozialstatus die gesundheitlichen Auswirkungen von Lärmexpositionen? In: Bolte G, Mielck A (Hrsg.): Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von Umweltbelastungen. Weinheim und München: Juventa Verlag: 199-220.

Umweltbundesamt (UBA) (2007): Nur mit Plakette durch die Umweltzone. Neues Werkzeug im Kampf gegen Feinstaub und Stickstoffdioxid in den Städten. URL: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pdf/pdo7-010.pdf>.

World Health Organization (WHO) (2009) Regional Office for Europe. Noise and health. URL: <http://www.euro.who.int/Noise>.